

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger

und

**HR Mag. Hubert Huber, Abteilungsleiter Land- und
Forstwirtschaft**

am 03. Februar 2020

zum Thema

**Oberösterreichischer Vorsitz der
Landesagrarreferenten-Konferenz im ersten
Halbjahr 2020 – Schwerpunkte und Zukunftsprojekte**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Rückfragen-Kontakt:

**DI Karl-Heinz Schaurhofer BA 0732/7720-11113, 0664/600 72 11113
www.max-hiegelsberger.at, www.facebook.com/maxhiegelsberger**

„Ich möchte den Vorsitz in der Landesagrarreferenten-Konferenz dazu nutzen, eine ganze Reihe von Vorhaben voran zu bringen. Die Bewusstseinsbildung für den Wert unserer Lebensmittel ist sicherlich ein Dauerthema, aktuell aber von besonderer Brisanz. Die Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik wird uns ebenfalls fordern. Die Weiterentwicklung des landwirtschaftlichen Kontrollwesens und des Tiergesundheitsdienstes, zusätzlich die notwendige Reduktion der Ammoniak-Ausgasung: Bei all diesen Fragen braucht es die enge Abstimmung zwischen den Bundesländern.“

Landesrat Max Hiegelsberger

Bewusstseinsbildung für den Wert heimischer Lebensmittel

Regionalität ist in aller Munde. Trotzdem finden sich in den Regalen des heimischen Lebensmittelhandels viele Produkte aus weit entfernten Ländern, die auch in Österreich hergestellt werden könnten. Besonders bei saisonalen Produkten wie Obst und Gemüse ist das besonders ärgerlich. Äpfel aus Südafrika während der Apfelernte in der Steiermark sind nicht notwendig und aus Klimaschutzgründen auch höchst bedenklich.

Dabei ist vielen Menschen nicht bewusst, viele Produkten im Ausland unter Bedingungen hergestellt wird, die in Österreich verboten sind. *„Strengere Umweltauflagen für die heimischen Bauern ohne entsprechend höhere Produktpreise verdrängen die heimische Lebensmittelerzeugung. In vielen Drittstaaten werden Lebensmittel unter wesentlich niedrigeren Umwelt- und Sozialstandards produziert und landen dann als Billigst-Lebensmittel auf unseren Tellern“*, so Hiegelsberger: *„Das wachsende Klimabewusstsein bietet eine nie dagewesene Chance,*

um gemeinsam etwas für heimische Lebensmittel zu tun. Unsere Aufgabe ist es, die Konsumenten für heimische Lebensmittel zu begeistern und ihnen den Mehrwert zu vermitteln, den sie durch den Kauf für sich selbst, ihre Kinder und letztlich auch für unser Klima erwerben.“

Damit dieser Ansatz Erfolg hat, braucht es die verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei verarbeiteten Produkten und in der Gemeinschaftsverpflegung sowie CO²-Zölle auf importierte Lebensmittel. Oberösterreich wird den Vorsitz in der Landesagrarreferenten-Konferenz dafür nutzen, diese Gesetzesmaßnahmen voran zu bringen.

Kaufentscheidungen vor dem Regal sind aber nur zum Teil rational. Viel passiert auch aus dem Bauch heraus. Daher braucht es auch entsprechende Bewusstseinsbildung und Marketing für heimische Lebensmittel. *„Erst letzte Woche gab es in Deutschland große Aufregung um die Handelskette Edeka. Diese hatte den Slogan plakatiert, dass Lebensmittel »nur einen, nämlich den niedrigsten Preis« verdient hätten. Es kam zu Protesten wütender Bäuerinnen und Bauern und das zu Recht. Durch solche Aktionen geht die Wertschätzung für Essen und Lebensmittel verloren. Wir müssen davon wegkommen, Lebensmittel für Lockangebote zu missbrauchen“, so Hiegelsberger.*

Auch im österreichischen Einzelhandel dienen Lebensmittel laufend als Lockartikel. Diese Praxis schadet der Wertschätzung und einem angemessenen Preisgefühl für Lebensmittel. Nach einer Erhebung von Eurostat beliefen sich die Lebensmittelausgaben der österreichischen Haushalte 2018 auf knapp 19,5 Milliarden Euro, das sind 9,7 Prozent der Haushaltsausgaben (Siehe Abbildung 1).

Österreich liegt mit diesem Wert fast am Ende des EU-weiten Vergleiches. Nur in Irland, dem Vereinigten Königreich und Luxemburg geben die Menschen noch weniger für Lebensmittel aus als hierzulande. „Das bewusste Verramschen von Lebensmitteln muss ein Ende haben – im Interesse der gesamten Wertschöpfungskette. In den kommenden Monaten werden wir mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit und einer gezielten Kampagne diese berechtigten Anliegen voranbringen“, so Landesrat Max Hiegelsberger.

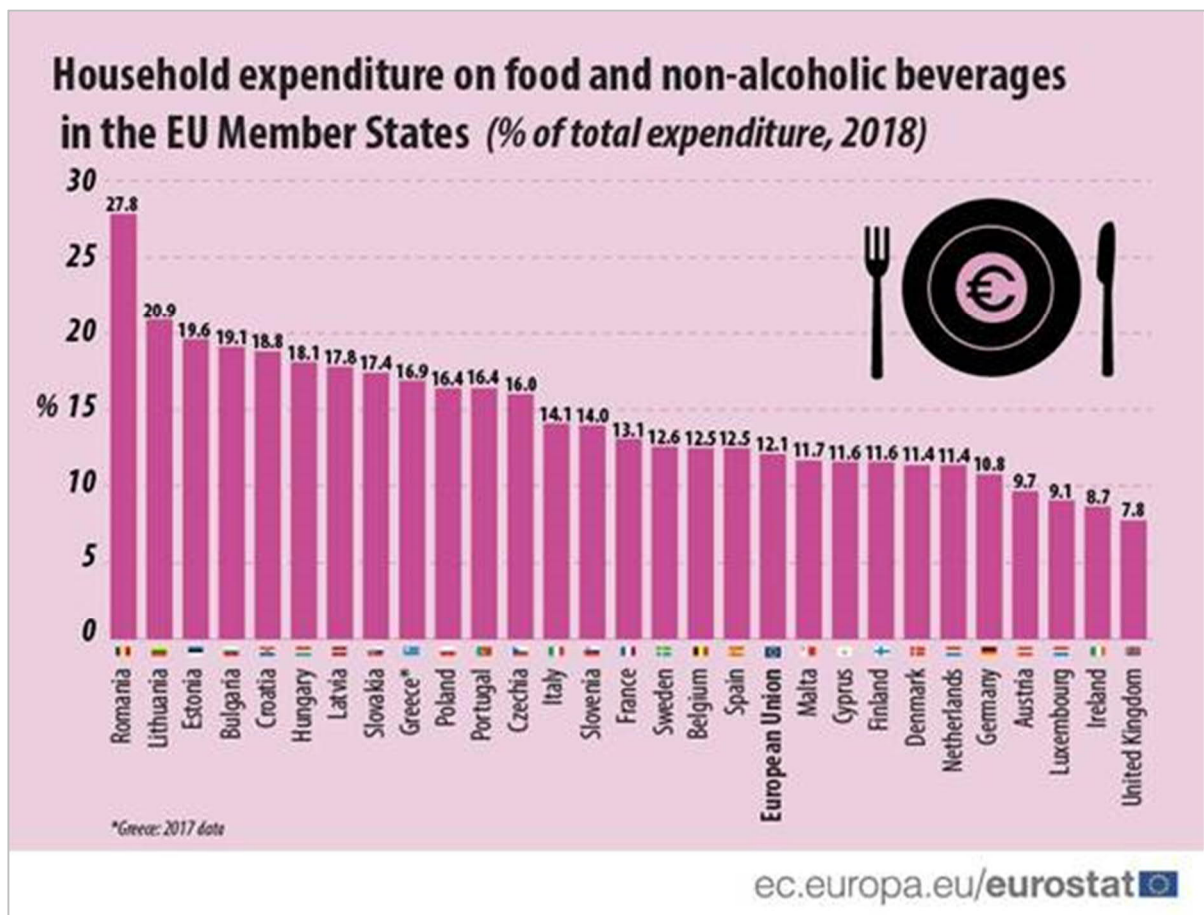


Abbildung 1: Österreich weist unter den EU-Mitgliedsstaaten die viertniedrigsten Ausgaben für Lebensmittel gemessen am Haushaltseinkommen auf

Klare Position zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Die Unwägbarkeiten durch den BREXIT und personelle Neubesetzungen in den EU-Institutionen haben die Verhandlungen über die Gemeinsame Agrarpolitik verzögert. Es ist davon auszugehen, dass die Verhandlungen erst in der 2. Jahreshälfte dieses Jahres in die entscheidende Phase kommen. Die in dieser Periode erstmals anzufertigenden nationalen Strategiepläne können aber erst nach Vorliegen aller EU-Rechtsgrundlagen in Brüssel genehmigt werden. Die neue Gemeinsame Agrarpolitik wird daher wohl mit ein- bis zweijähriger Verspätung in Kraft treten. Für die heimische Landwirtschaft bedeutet das bis zu zwei Übergangsjahre bei den Direkt- und Ausgleichszahlungen und rechtliche Unsicherheiten.

„Im kommenden halben Jahr haben wir in der Landesagrarreferenten-Konferenz die äußerst wichtige Aufgabe, eine geeinte Position der Bundesländer für die Verhandlungen zu erarbeiten. Auch im kleinen Österreich wirkt sich die Ausgestaltung der Agrarpolitik unterschiedlich auf die einzelnen Regionen aus. Oberösterreich mit seiner diversen Agrarstruktur ist gut geeignet, diese Interessen auszugleichen und in die Verhandlungen in Brüssel einzubringen. Daher werde ich auch persönlich nach Brüssel reisen,“ so Landesrat Max Hiegelsberger: *„Unsere Ziele sind klar. Die Gemeinsame Agrarpolitik muss die landwirtschaftlichen Betriebe befähigen, die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln weiter sicherzustellen, die Umweltleistungen wie den Klimaschutz noch auszubauen und damit den Green Deal zu ermöglichen und die ländlichen Räume lebendig zu halten. Schlussendlich müssen die*

Bäuerinnen und Bauern ein vernünftiges Einkommen erwirtschaften können, das ist die Grundvoraussetzung. Aus diesem Grund lehnen wir die vorgeschlagenen finanziellen Kürzungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik auch vehement ab.“

Ausgasung von Ammoniak reduzieren

Die Gesellschaft stellt laufend höhere Anforderungen an die Tierhaltung, sowohl beim Tierwohl als auch beim Umweltschutz. Zwischen diesen beiden Zielen bestehen aber in vielen Bereichen Zielkonflikte. Erhöhtes Platzangebot und verbesserte Bewegungsmöglichkeiten, Einstreuangebot und Außenkontaktkontakt stärken das Tierwohl, erhöhen aber auch die Gas- und Geruchsemissionen. *„Maßnahmen zur Verbesserung des Tierwohls gehen häufig mit erhöhten Umweltwirkungen einher“*, bringt es Hiegelsberger auf den Punkt. So erbringt die österreichische Landwirtschaft beim Thema Klimaschutz durchaus einen wichtigen Beitrag und senkt ihren Ausstoß trotz steigender Produktion an Lebensmittel. (siehe Abbildung 3) Weitere Reduktionen sind aber mit immer größeren Aufwand verbunden.

Aktuell brennendstes Thema ist die Ausgasung von Ammoniak (NH₃), hauptsächlich beim Abbau von organischem und mineralischem Dünger sowie bei der Lagerung von Gülle. Die Umstellung von Anbindehaltung auf Laufstallsysteme erhöht die Ammoniakausgasung erheblich. Laut aktueller Richtlinie über die Reduktion der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe („NEC-Richtlinie“) dürfen in Österreich jährlich maximal 66 Tausend Tonnen Ammoniak emittiert werden. Dieses Ziel wurde in den letzten Jahren überschritten, bereits im Jahr 2020 ist daher eine

Reduktion um rund sieben Tausend Tonnen notwendig. Da kein anderer Sektor nennenswerte Ammoniakemissionen verursacht, ist die Landwirtschaft alleine von den Reduktionsverpflichtungen betroffen (siehe Abbildung 2).

Die Neufassung der NEC-Richtlinie erhöht nun den Bedarf an Reduktionen noch deutlich. Bis 2030 sind kontinuierliche Reduktionen entlang eines „Linearen Zielpfades“ vorgeschrieben, welcher im Jahr 2025 erstmals kontrolliert wird. Die Vermeidung der Ammoniakausgasung erfordert die bodennahe Ausbringung des Wirtschaftsdüngers, Gülleseparation und emissionsarme Fütterungsstrategien. *„Das festgelegte Ammoniakziel stellt die österreichische Landwirtschaft vor eine extrem große Herausforderung. Österreich hat daher ein Maßnahmenprogramm definiert und an die Europäische Kommission übermittelt, mit dem die geforderte Ammoniak-Reduktion bis 2030 erreicht werden kann. In diesem Maßnahmenprogramm wird Freiwilligkeit dem Zwang vorgezogen. Schwerpunktmäßige ÖPUL-Förderungsmaßnahmen mit einer begleitenden Beratungs- und Sensibilisierungsoffensive haben Vorrang vor gesetzlichen Verpflichtungen. Nun gilt es das Bewusstsein auf den landwirtschaftlichen Betrieben zu stärken, Maßnahmen umzusetzen und die Finanzierung dafür sicherzustellen. So wie die heimische Landwirtschaft beim Klimaschutz insgesamt bereits einen wichtigen Beitrag leistet, werden die genannten Maßnahmen auch den Ammoniak-Ausstoß einregeln“*, so Huber.

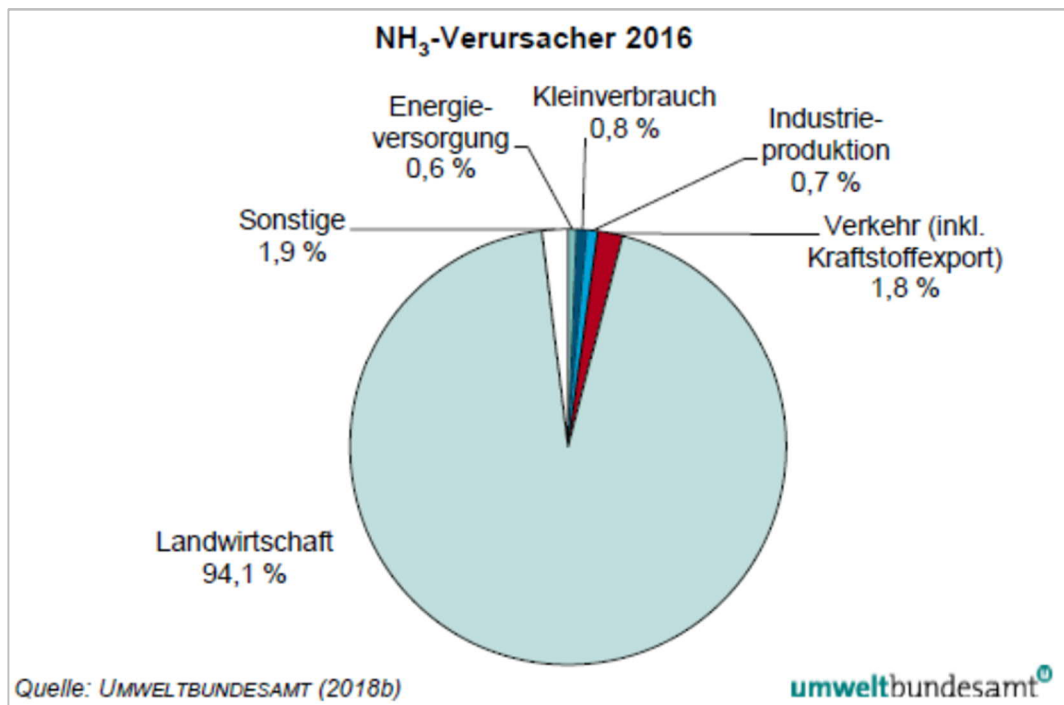


Abbildung 2: Die Ammoniak-Ausgasung erfolgt fast ausschließlich in der Landwirtschaft

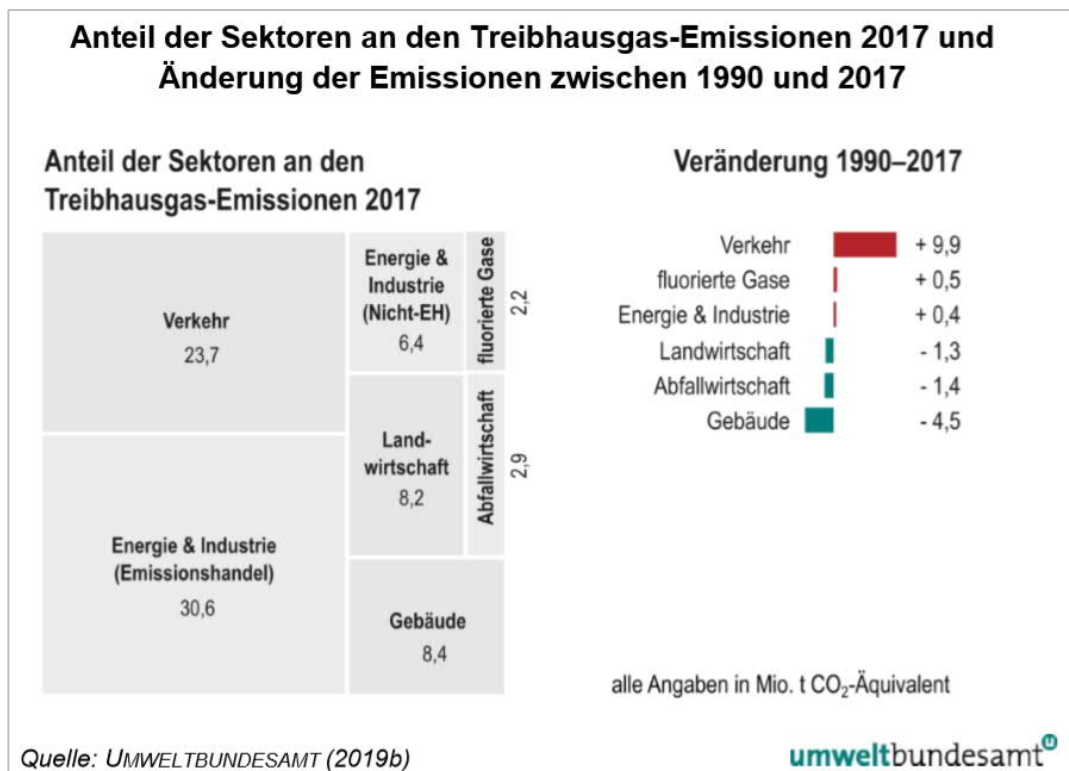


Abbildung 3: Leistung der Landwirtschaft beim Klimaschutz im Vergleich zu anderen Sektoren

Umsetzung Kontroll-Informationen-System (AMA-Marketing)

Die verschiedenen privatrechtlichen Kontrollen auf den Betrieben stellen eine erhebliche Belastung für die BetriebsführerInnen dar. Bund und Länder haben daher gemeinsam die AMA-Marketing mit dem Projekt "Kontroll-Informationen-System" beauftragt. Mit dem Ansatz „Alles aus einer Hand“ soll eine zentrale Anlaufstelle für kontrollrelevante Daten entstehen. Das spart Zeit und Geld, hebt Synergien und gewährleistet eine sichere Verwaltung von Daten. *„Ziel ist es, den Betrieben sowie der Verwaltung wertvolle Zeit und überhöhte Kosten zu ersparen. Künftig soll es für einen Betrieb möglichst nur einen Ansprechpartner geben. Eine Kontrollstelle soll alle notwendigen Kontrollen durchführen“*, erläutert Abteilungsleiter Hubert Huber: *„Der gesetzliche Auftrag zur Kontrolle wird im neuen System effizient und mit deutlich reduzierten Reibungsverlusten erfüllt.“* Das gemeinsame System soll in den nächsten Monaten erarbeitet und im Juni präsentiert werden. Im Anschluss erfolgt die Erprobung auf den bäuerlichen Betrieben.

Tiergesundheitsdienst stärken und Leistungen abstimmen

Veränderte Marktrealitäten einer globalen Lebensmittelkette sowie der vermehrte internationale und nationale Tierverkehr erfordern national bzw. europäisch koordinierte Antworten. *„Digitalisierung, Datenmanagement sowie länderübergreifende Zusammenarbeit sind die Themen der Zukunft, welchen sich die Tiergesundheitsdienste zu stellen haben. Hier bedarf es entsprechender struktureller Anpassungen. Nur so können Synergien genutzt und Leistungen ausgebaut werden“*, betont Hiegelsberger eine seiner zentralen Forderungen. *„Die Anforderungen*

der Gesellschaft an eine nachhaltigere Lebensmittelproduktion mit besonderen Anforderungen an den Tierschutz bzw. Antibiotika-Einsatz müssen sich auch in der Struktur der Kontrolle entlang der Lebensmittelkette widerspiegeln.“

Der Tiergesundheitsdienst (TGD) bietet dazu ein umfangreiches Service, was Untersuchungen und Tiergesundheitsprogramme betrifft. *„Die Teilnahme am Tiergesundheitsdienst erleichtert es, den hohen Ansprüchen der KonsumentInnen, des Handels und nicht zuletzt des Gesetzgebers an die Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln gerecht zu werden“*, zeigt sich Hubert Huber überzeugt.

Neben Gesundheitsprogrammen, welche bundesweit abgestimmt sind (Eutergesundheit, Fruchtbarkeit, Parasiten, Rhinitis, Maedi/Visna, CAE, etc.), werden auch landesspezifische Programme angeboten (Sektionen an verendeten Tieren, Untersuchung auf Pseudotuberkulose bei Schaf und Ziege, PRRS bei Ferkelproduktionsbetrieben, etc.). *„Seitens des Landes Oberösterreich unterstützen wir die Arbeit des Tiergesundheitsdienstes, welcher eine ganze Reihe von Untersuchungen abdeckt“*, sieht Huber den OÖ-TGD als role model für die anderen Bundesländer.

Mit Stichtag 31. Dezember 2019 sind 10.420 Betriebe Teilnehmer beim Oberösterreichischen Tiergesundheitsdienst, welche von 308 Tierärzten inklusive tierärztlicher Mitarbeiter betreut werden. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern hat Oberösterreich eine ausgezeichnete Teilnahmequote. Betrachtet man Betriebe mit höheren Tierzahlen, so werden 98 Prozent der in OÖ gehaltenen Schweine, 93 Prozent der Rinder, 84 Prozent der Schafe und 92 Prozent der Ziegen im Tiergesundheitsdienst betreut.